

Az.: 10.25.03

Korrekturblatt

zur Niederschrift der **Sitzung des Ortschaftsrates Grüna**

vom **14.02.2011**

öffentlich nichtöffentlich

Grund der Korrektur:

redaktioneller Fehler

Die Korrektur erfolgt:

Auf dem Deckblatt

auf Seite 1
Gäste Herr Schneider

Text der Korrektur:

Herr Schneider Planungsbüro B.O.R.I.S.

Ortschaftsrat Grüna
10.25.03

22.03.2011
84211-0

Niederschrift

über die Sitzung des Ortschaftsrates Grüna - öffentlich -

Datum: 14.02.2011

Ort: Ratszimmer, Rathaus Grüna, Chemnitzer Straße 109, 09224 Chemnitz

Zeit: 19.00 Uhr – 21.15 Uhr

Vorsitz: Lutz Neubert

Beschlussfähigkeit

Soll: 12 Ortschaftsräte + Ortsvorsteher
Ist: 7 Ortschaftsräte + Ortsvorsteher

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Patrick Andrä	CDU	privat verhindert
Herr Ronny Bernstein	FWG	dienstl. Verhindert
Herr Gunther Endrikat	FWG	dienstl. verhindert
Frau Angela Schneider	DIE LINKE	Urlaub
Herr Michael Wirth	SPD-Fraktion	dienstl. verhindert

Ortsvorsteher

Herr Lutz Neubert FWG

Ortschaftsratsmitglieder

Herr Gunter Elsner	FWG
Herr Ullrich Hammer	SPD
Herr Dr. Fritz Hähle	CDU
Herr André Mai	FWG
Herr Thomas Renneberg	CDU
Frau Christine Schubert	FWG
Herr Fritz Stengel	FWG

Schriftführerin

Frau Christine Vieweg

Gäste

Herr Graf	Eins Energie
Herr Schneider	Planungsbüro BKS
Frau Neubert	Schulverwaltungsamt
Herr Müller	amt. Leiter Schulverwaltungsamt
Herr Lange	Stellv. Vors. Kreiselternrat
Herr Fatsch	Kreiselternrat
Frau Rinkleb	stellv. Schulelternsprecherin Baumgartenschule Grüna
Herr Riedel	Schulelternsprecher Baumgartenschule Grüna
Herr Naumann	Ortschaftsrat Mittelbach
Frau Pastor	Stadträtin
Frau Kempe	Stadträtin

1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Ortsvorsteher **Herr Neubert** eröffnet die Sitzung des Ortschaftsrates Grüna – öffentlich – und begrüßt die Mitglieder des Ortschaftsrates, die Gäste sowie Bürger von Grüna.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Neubert verweist auf die neuen Schulbezirke, die der Stadtrat am 26.1. ohne Beteiligung der Ortschaftsräte beschlossen habe, und auf die aktuellen Diskussionen dazu im Zusammenhang mit dem vom Kreiselternrat angestrebten Bürgerbegehren. Daraus habe sich die Notwendigkeit ergeben, dieses Thema und insbesondere die möglichen Auswirkungen auf die Grünaer Grundschule kurzfristig auch im Ortschaftsrat zu behandeln. Herr Neubert schlägt vor, dies als zusätzlichen Punkt 5 in die heutige Tagesordnung aufzunehmen.

Die Ortschaftsräte sind einverstanden; die Tagesordnung wird somit geändert.

3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Ortschaftsrates Grüna - öffentlich - vom 10.01.2011

Die Niederschrift des Ortschaftsrates Grüna – öffentlich – vom 10.01.2011 lag zur Einsichtnahme aus. Zur Niederschrift sind **keine** Einwendungen eingegangen. Die Niederschrift ist somit **genehmigt**.

4 Durchsetzung des ABK für die Ortslage Grüna - Weiterbau Abwasserkanal

Herr Neubert erinnert an die Sitzung des Ortschaftsrates vom 17.5.2010. Dort sei Herr Münster bereits auf die besonders schwierigen Bedingungen auf der engen Bergstraße hingewiesen worden, wenn dort einmal der Abwasserkanal gebaut würde. Herr Münster habe versprochen, sich frühzeitig darum zu kümmern.

Das sei jedoch nicht geschehen, stellt Herr Neubert enttäuscht fest. Vor ca. 10 Tagen habe er sich bei Herrn Münster telefonisch erkundigt und per E-Mail die Auskunft erhalten, dass mit dem Baubeginn bereits ab Anfang März zu rechnen sei. Da auf die betroffenen Anwohner nun sehr kurzfristig Probleme zukämen, habe sie Herr Neubert per Aushang zur heutigen Sitzung eingeladen, und er freue sich über das rege Interesse. Im Mittelpunkt stünde die geplante Verkehrsführung und die Erreichbarkeit der Grundstücke während der Bauarbeiten. Dazu erteilt er Herrn Graf das Wort.

Herr Graf stellt eingangs fest, dass die Maßnahme bereits im vorigen Jahr geplant gewesen sei, aber aus wirtschaftlichen Gründen verschoben werden musste. Die Planungen lägen also bereits lange vor. Die schwierige Situation in diesem Falle ergebe sich daraus, dass die Bergstraße sehr lang und sehr schmal sei und eine gewisse Zeit für den Durchgangsverkehr gesperrt werden müsse. Dann wären die Grundstücke „hinter“ der wandernden Baustelle eigentlich nur über Illings Weg erreichbar, jedoch sei dieser nur zum Teil öffentlich gewidmet und eine Durchfahrt von den Eigentümern nicht genehmigt worden. Deshalb müsse die Zufahrt über einen auszubauenden Forstweg vom Autobahnzubringer aus erfolgen, wozu heute ein Vor-Ort-Termin mit der Verkehrslenkungscommission und der Polizei stattgefunden hätte. Die noch erforderliche Vereinbarung mit dem Forstbetrieb werde zeitnah getroffen.

Insgesamt seien 745 Meter Kanal zu verlegen. Die Arbeiten auf der Bergstraße und auf der Damaschkestraße würden gleichzeitig durchgeführt, damit die Behinderungen nicht zweimal erfolgten. Auch die Damaschkestraße solle über den auszubauenden Waldweg und den Garagenplatz erreichbar bleiben. In der Nähe würden zusätzliche Parkmöglichkeiten geschaffen, damit Besucher und auch Anwohner zur Not die Häuser zu Fuß erreichen könnten. Trotz allem werde es nicht ohne Behinderungen abgehen, schätzt Herr Graf ein.

Ausführende Baufirma werde die Firma Krause aus Adorf sein, der Bauleiter Herr Pilz. Die Örtliche Bauüberwachung werde Herr Schneider vom Planungsbüro BKS wahrnehmen und gleichzeitig Ansprechpartner für die Bürger sein.

Herr Schneider ergänzt, dass mit zwei Kolonnen gearbeitet werde, um bis Jahresende wirklich fertig zu sein. Täglich zum Feierabend würden nach Möglichkeit die Gräben wieder geschlossen, um eine beschränkte Befahrbarkeit zu ermöglichen. Arbeitszeit sei von 6.30 Uhr bis 18.00 Uhr.

Herr Neubert äußert Bedenken, dass sich alles noch verzögern könnte, weil bisher noch nichts Schriftliches mit dem Forst vereinbart worden sei.

Herr Schneider habe bereits die Zustimmung vom Forst erhalten und gehe davon aus, dass es funktioniere.

Herr Stengel fragt an, ob die Umfahrung über den Forstweg von Beginn an geplant gewesen sei, und wie deren genauer Verlauf wäre.

Herr Graf bejaht die erste Frage und verweist auf die bereits erfolgten Fällarbeiten als Voraussetzung für die Wegbefestigung ab Mitte März. Zur Sperrung der Bergstraße stellt er nochmals klar, dass diese nicht komplett erfolgen würde, sondern immer nur abschnittsweise. Allerdings werde sie nicht durchgängig befahrbar sein; deshalb sei die befestigte Forststraße vom Autobahnzubringer Wüstenbrand aus erforderlich.

Herr Polus lässt sich bestätigen, dass keine offizielle Umleitung des Verkehrs über Illings Weg erfolgen werde.

Herr Überschär sieht es als problematisch an, wenn sich auf der Umfahrung zwei Autos begegnen sollten.

Herr Schneider beruhigt ihn dahingehend, dass nach Absprache mit dem Forst eine Einbahnstraßenregelung erfolge und weiterhin Ausweichstellen eingerichtet würden. Als Rettungsweg werde aber Illings Weg weiterhin gelten.

Herr Neubert fragt nach Regelungen zur Abfallentsorgung während der Bauarbeiten.

Herr Schneider weiß, dass es immer die Aufgabe der ausführenden Baufirma sei, die Container an entsprechende Abholstellen des ASR zu transportieren.

Herr Neubert fragt weiterhin, warum der Ortschaftsrat nicht früher informiert worden ist. Auch **Herr Elsner** zeigt sich enttäuscht, dass seine Hinweise an Herrn Münster in der Ortschaftsratssitzung vom Mai 2010 offenbar keine Beachtung fanden.

Frau Schaale weist auf eine weitere Möglichkeit hin, den Baustellenbereich für Fußgänger und evtl. Radfahrer zu erreichen: durch das Tor zur „Alten Flachse“ auf die Neustädter Straße. Es könnte sogar geprüft werden, ob dies auch für Autos in Frage käme.

Herr Graf befürchtet, dass diese Straße nicht öffentlich gewidmet sei und es somit Probleme bei der Verkehrssicherungspflicht gebe.

Mehrere Anwohner befürchten Probleme bei der zu erwartenden starken Befahrung der Wanderwege. Auch die Waldbrandgefahr solle dabei nicht außer Acht gelassen werden.

Herr Schneider verlässt sich auf eine entsprechende Ausschilderung und Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 oder 10 km/h.

Herr Stengel teilt die Enttäuschung von Herrn Elsner, dass auf die Hinweise an Herrn Münster nichts passierte und somit Zeitdruck entstand. Der Ortschaftsrat hätte frühzeitig einbezogen werden können. Da der Kanal gewollt sei, müsse man Behinderungen in Kauf nehmen, aber über vermeidbare Behinderungen sprechen. Dazu schlägt er einen Vor-Ort-Termin mit Planungsbüro, Baufirma, Ortschaftsräten und interessierten Anwohnern vor.

Herr Graf erklärt sich damit einverstanden und bittet um positives Herangehen. Vorteilhaft sei der Baubeginn im Frühjahr, im Gegensatz zu früheren Abschnitten, die meist im Herbst begonnen hätten. Bis 1.3. 2011 solle die Vereinbarung mit dem Forst unterzeichnet sein.

Auf die Frage von **Herrn Polus** nach dem Baubeginn auf Illings Weg nennt **Herr Graf** das Jahr 2012. Noch dieses Jahr seien Nebensammler auf der Feld- Fabrik- und Chemnitzer Straße vorgesehen. **Herr Neubert** bittet dazu um frühzeitigere Information und Abstimmung.

5 Diskussion um die Neugliederung der Schulbezirke

Herr Neubert verweist nochmals auf den Stadtratsbeschluss vom 26.01.2011 und bemängelt, dass die Ortschaftsräte nicht in die Beratungsfolge einbezogen wurden. Da die Räte über wichtige Angelegenheiten in ihrer Ortschaft informiert sein müssten, aber über Absicht und Auswirkungen dieses Beschlusses in der Öffentlichkeit sehr gegensätzliche Meinungen herrschten, möchten wir uns heute die verschiedenen Standpunkte direkt erläutern lassen. Er freut sich, zu diesem Thema Vertreter des Schulverwaltungsamtes, des Kreiselternrates, Elternsprecher unserer Grundschule sowie Stadträte begrüßen können. Ziel der Beratung sollte sein, zu erfahren, was mit der neuen Regelung beabsichtigt ist, was die Eltern bei der Grundschulmeldung ihrer Kinder beachten müssten, und wie die Unterschriftenaktion des Kreiselternrates zu sehen sei.

Herr Müller, amtierender Leiter im Schulverwaltungsamt, stellt einleitend fest, dass die Veröffentlichungen in den Medien für viel Unruhe gesorgt hätten. Er möchte erläutern, was von der Verwaltung erarbeitet wurde und was damit erreicht werden solle. Bisher hätte mit Ausnahme von drei gemeinsamen Schulbezirken jede der 40 Chemnitzer Grundschulen ihren eigenen Schulbezirk gehabt, dessen Grenzen bei Bedarf immer wieder verschoben worden seien, um die Mindestschülerzahl (15) zu erreichen.

Ziel der Neugliederung sei, alle Grundschulen zu erhalten, indem innerhalb eines Schulbezirkes einige Einschulungen so umgelenkt würden, dass die geforderte Mindestschülerzahl (15) auch an den bisher gefährdeten Schulen erreicht wird. Das sei Auftrag des Stadtrates und der Verwaltungsspitze. In den bisherigen drei gemeinsamen Schulbezirken funktioniere dieses System schon mehrere Jahre ohne Probleme.

Hier im konkreten Fall seien die Grundschulen von Grüna, Mittelbach und Reichenbrand als gemeinsamer Schulbezirk vorgesehen. Das Grünaer Schulgebäude könne maximal 16 Klassen aufnehmen (4-zügig), Mittelbach 4 Klassen (einzügig) und Reichenbrand 6 Klassen.

Bei dem Mangel an Lehrern und Schulleitern verspreche man sich eine Verbesserung, sodass auch der Freistaat von den neuen Schulbezirken profitiere, weil sich die Klassenstärken geringfügig erhöhen würden von derzeit 19,6 in Chemnitz (Richtwert 25). In Grüna habe man aufgrund der hohen Schülerzahlen schon einen Nachfolger für Frau Falvai bestellt.

Die gemeinsamen Schulbezirke böten eine Chance, diese müsse aber angenommen werden. Das Schulverwaltungsamt wolle dabei helfen, und auch der Ortschaftsrat könne dazu beitragen.

Herr Neubert fragt verwundert an, wie denn der Ortschaftsrat helfen solle, wenn er in eine solch wichtige Angelegenheit nicht mit einbezogen werde.

Herr Müller kann diese Frage nicht beantworten. Er wisse nur, dass es eine sehr enge Zeitschiene für den Stadtratsbeschluss gab, weil den Eltern rechtzeitig mitgeteilt werden müsse, wohin ihr Kind in diesem Jahr eingeschult werde.

Frau Rinkleb erklärt, dass sie durch die Medien ständig mehr verunsichert werde. Als stellvertretende Elternsprecherin könne sie bisher nicht die Frage beantworten, was hier wirklich auf die Eltern und Kinder zukomme. Aus diesem Grund habe sie sich noch einmal intensiv mit der Problematik befasst, und ihr sei nicht klar, wie bei dem vorgestellten Modell die vom Freistaat geforderte Erhöhung der Klassenstärken (und Verringerung der Klassenanzahl im Stadtgebiet) erreicht wird, wenn alle Schulen erhalten und die Schüler nur anders verteilt werden. Logisch sei dagegen eine andere Version: Wenn man die Schülerzahlen für Grüna, Mittelbach und Reichenbrand bis 2017 betrachte, dann reichte dafür allein die 4-zügige Grünaer Schule; Reichenbrand und Mittelbach könnten schließen. Schulleiter und Lehrer, die sowieso knapp seien, würden eingespart.

Herr Müller spricht sich entschieden gegen diese Sichtweise aus und nennt die voraussichtlichen Schülerzahlen von Grüna und Reichenbrand bis 2017. Die Schule in Mittelbach habe gerade 16 Anmeldungen für dieses Jahr. Sollten einige davon anderswo eingeschult werden, sehe es schlecht aus. Deshalb sollten wir solidarisch sein und die gebotene Chance nutzen.

Zu den vom Kreiselternterrat und einigen Stadträten geäußerten Bedenken, der Freistaat würde aufgrund seiner eigenen schulpolitischen Ziele die Pläne der Stadt durchkreuzen und ins Gegenteil verkehren, verweist Herr Müller auf einen aktuellen Brief vom Kultusministerium an Herrn Brehm. Demnach unterstütze die Sächsische Staatsregierung die Bemühungen der Stadt Chemnitz, möglichst viele Grundschulstandorte zu sichern und dabei gleichzeitig die Anforderungen des Richtwertes der Klassenbildung besser umzusetzen. Sie unterstütze die Umlenkung von Anmeldungen innerhalb eines Schulbezirkes, wenn wenigstens 10 Anmeldungen vorlägen. Einen Mitwirkungsentzug würde der Freistaat nur dann aussprechen, wenn Mitte März weniger als 10 Anmeldungen vorlägen und es trotz Umlenkungsversuchen nicht gelänge, die Schülerzahl von 15 zu erreichen. Dieses Vorgehen solle nach spätestens vier Jahren überprüft werden.

“Das ist es, was wir vom Freistaat wollten“, erklärt Herr Müller abschließend.

Frau Rinkleb fällt es noch immer schwer zu verstehen, wie größere Klassenstärken erreicht werden können, wenn alle drei Schulen erhalten blieben. Als besonders schlimm erscheine ihr aber, dass der künftige Verfahrensweg einer Umlenkung noch nicht klar sei.

Herr Müller gibt zu, dass der Verfahrensweg derzeit noch nicht zu Ende gedacht sei. Alle Schulen zu erhalten sei auch die teuerste Variante, aber wir hätten nun ein Instrument dafür. Das gehe jedoch nur in Zusammenarbeit mit den Schulleitern, Eltern, deren Kinder in diesem Jahr eingeschult werden, erhielten Informationen über die neuen Schulbezirke und könnten ihre Entscheidung dann nochmals überdenken. Durch die Neugliederung sei auch eine gewisse Wettbewerbssituation zwischen den Grundschulen innerhalb eines Bezirkes entstanden, was förderlich für eine gute pädagogische Arbeit sei. Betroffene Schulen sehen das positiv. Der Kreiselternterrat sehe das aber anders und initiierte ein Bürgerbegehren.

Herr Lange vom Kreiselternrat (KER) beteuert, dass dieser nicht etwa Forderungen nach Schulschließungen vertreten würde. Er erläutert die Motivation des KER, für eine Rücknahme des Stadtratsbeschlusses einzutreten, ausgehend von zwei Szenarien: Entweder habe die Stadt Schulbezirke, oder nicht. Die bisherige Regelung mit bedarfsweiser Anpassung der Schulbezirke halte er für besser, da die Stadt Einfluss nehmen könne, aber nicht die Staatsregierung. (Allerdings müsse der Richtwert 15 eingehalten werden.)

Derzeit seien die Eltern durch das Anschreiben der Stadt total verwirrt worden. Problem sei, dass alles so schnell ging. Auch habe er den Brief an Herrn Brehm anders gelesen, denn Kultus schreibe nicht, dass sie alle Schulen erhalten wollten, sondern möglichst viele.

Nach einigen Bemerkungen zum Lehrermangel in Sachsen begründet Herr Lange die Auffassung des KER, dass Änderungen des Grundschulnetzes durch die Stadt zwar erarbeitet werden, aber durch das Kultusministerium genehmigt werden müssten. Deshalb erscheine ihm eine Rücknahme des Beschlusses unwahrscheinlich. Wichtig sei nun ein gesicherter Ablauf. Der KER traue Kultus nicht, weil es vor Jahren bei der Schließung von Mittelschulen auch vorher etwas anderes verkündet als nachher getan habe, Beispiel Baumgartenschule Grüna. Der KER wolle erneute Fehler vermeiden und bitte um Unterstützung.

Herr Müller betont nochmals, dass es mit den bisherigen gemeinsamen Schulbezirken keine Schwierigkeiten gegeben hätte; die Schulleiter hätten alle Fragen hervorragend gelöst. Er schildert seine Vorstellungen dazu, Schulen zu erhalten und nur wenige Kinder umzulenken.

Frau Neubert erklärt, inwieweit das Schulverwaltungsamt jetzt Mitspracherecht habe.

Herr Dr. Hähle stellt nach dieser ausgiebigen Diskussion fest, dass die Grünaer Grundschule nicht gefährdet sei. Wir könnten aufgrund unserer Stärke Mittelbach im Notfall helfen, natürlich nur, wenn die Eltern das auch wollten.

Frau Neubert erläutert am Beispiel Grüna und Mittelbach die Handhabung der Umlenkung. Sie seien ab März bei der Bildungsagentur mit in die Klassenbildung integriert. So sei es bisher nicht gewesen.

Herr Riedel widerspricht, es sei bisher schon so gewesen. Er sehe nicht ein, dass an dem Grundprinzip etwas geändert werde. Seiner Meinung nach würde die Stadt damit jede Mitwirkung aus der Hand geben.

Herr Neubert schlägt vor, die Diskussion abzukürzen, da es eigentlich nur eine Information sein sollte. Er erteilt noch das Wort an den Mittelbacher Vertreter und an die Stadträte.

Herr Naumann kennt als Mittelbacher die Situation, auf der „Abschussliste“ gestanden zu haben. Die Eltern seien durch die Berichterstattung total verunsichert worden, meint auch er. Sie hätten aber als Ortschaftsrat diesen Beschluss zu 95% positiv angesehen. Ihre Grundschule besäße alle Voraussetzungen, die sich Eltern wünschen: Kleine Klassen, sanierte Schule, Hort in der Schule, trockene Turnhalle. Sie hätten sich durch den Stadtratsbeschluss eher eine dauerhafte Sicherheit gewünscht, dies sei natürlich nicht möglich.

Frau Kempe erklärt, dass die CDU-Stadtratsfraktion der Vorlage einstimmig zustimme. Sie sehe das als einzige Alternative, die 40 Grundschulstandorte zu halten, was der Wunsch der Eltern, des Kreiselternrates und der Stadträte sei. Sie sehen das ebenfalls als Chance. Bei der Umlenkung werde sorgfältig ausgewählt werden im Interesse der Kinder, verspricht sie. Sie könne die Meinung des Kreiselternrates nicht nachvollziehen und vermisse deren Alternative nach dem Bürgerbegehren. Die Eltern würden derzeit noch mehr verängstigt.

Für **Herrn Lange** sei es unabdingbar, dass bei so einem Konzept das Verfahren geklärt sei und zwar schriftlich, bevor der Beschluss gefasst werde. Das letzte Wort müsse aber bei der Stadt liegen.

Frau Kempe ist der Meinung, dass es keine Garantie für Grundschulstandorte geben könne. Vorteilhaft sei, dass Eltern jetzt ein Mitspracherecht hätten. Wettbewerb sei auch eine Chance für bessere Bildung. Sie sei enttäuscht über die negative Haltung des KER.

Frau Rinkleb äußert Enttäuschung, dass sie als Elternsprecherin nicht bereits auf anderem Wege informiert worden sei. Der Zeitablauf für so einen Beschluss sei viel zu kurz gewesen. **Frau Pastor** erklärt, dass sich bis auf zwei Mann in ihrer Fraktion alle gegen diesen Beschluss aussprachen, weil einige Dinge in Frage stehen. Heute sei durch Herrn Müller bestätigt worden, dass mit dem Beschluss nichts an der Situation geändert wird. Ortschaftsräte seien nun gefordert, mit Grünaer Eltern zu sprechen, welche ihre Kinder in Mittelbach anmelden sollten, um die dortige Schule zu erhalten. Nur so sei der Verfahrensweg, da helfen auch keine Stadtratsbeschlüsse, meint sie. Man solle hier über den Tellerrand blicken. Sie fragt weiterhin an, wie die Schülerbeförderung vorgesehen sei. Das wäre nicht in der Vorlage erwähnt. Ihnen sei alles noch zu unklar, deshalb wurde die Vorlage abgelehnt. Sie ließen sich vom Kultus nicht erpressen, schließt sie ab.

Herr Müller verweist auf eine Regelung (Satzung), welche vom Stadtrat beschlossen wurde und die Schülerbeförderung beinhalte. Das Verfahren über die Schülerzahl in Mittelbach werde über Bildungsagentur und beide Schulleiter geregelt. Es sei nicht Sache des Ortschaftsrates.

Herr Stengel bemerkt abschließend, viel Für und Wider gehört zu haben, wobei hinter jedem Argument mindestens ein Fragezeichen stehe. Jeder müsse sich nun sein persönliches Bild machen, ob er das für einen guten Weg hält. Er sei sehr für Solidarität mit dem Nachbarort und würde das auch mit unterstützen, wenn es nötig sei. Garantie könne keiner geben, kam heute zum Ausdruck. Ihm sei jedoch klar geworden, dass es bei dieser Lösung mehr als zuvor auf die Entscheidung der Eltern ankomme, und diese sei doch die wichtigste. Das sei urdemokratisch und deshalb zu befürworten.

Herr Neubert bedankt sich für die faire Diskussion und für die Bereitschaft der zahlreichen Gäste, ihre Meinung hier kundzutun.

6 Informationen des Ortsvorstehers

Telefonsäule vor dem Rathaus

Seit wenigen Tagen steht nun die neue Telefonsäule vor dem Rathaus. Bei aller Freude darüber müsse man sich aber über den Aufwand wundern, welcher deswegen betrieben wurde (z.B. Einschränkungen im Straßenverkehr).

Neue Bürgerpolizistin in Grüna

Frau Arndt, unsere neue Bürgerpolizistin, werde sich am 18. April zur Sitzung des Ortschaftsrates offiziell vorstellen. Zur vorherigen Sitzung im März sei sie dienstlich verhindert.

7 Anfragen der Ortschaftsratsmitglieder

Die Ortschaftsratsmitglieder stellen keine Anfragen

8 Einwohnerfragestunde

Die Einwohner stellen keine Anfragen.

9 Benennung von zwei Ortschaftsratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ortschaftsrates Grüna

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden nach Absprache die Ortschaftsräte Herr Hammer und Herr Mai benannt.

.....
Datum Lutz Neubert
 Ortsvorsteher

.....
Datum U. Hammer
 Mitglied
 des Ortschaftsrates

.....
Datum A. Mai
 Mitglied
 des Ortschaftsrates

.....
Datum Vieweg